

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

6.4.1849 (No. 82)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. April.

N. 82.

Voranzahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufspreis: die gepaltene Peltzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Des Charfreitags wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 4. April. In der heutigen Sitzung wurde durch den Präsidenten folgende telegraphische Mittheilung aus Berlin verlesen:

Die Deputation der Reichsversammlung an den Vizepräsidenten, Herrn Kirchgeßner. Die Deputation ist nach empfangener Antwort Sr. Maj. des Königs sofort in Berathung getreten über Das, was in Folge derselben ihr zu thun obliegt. Sie wird über das Ergebnis dieser Berathung spätestens morgen berichten. Die Deputation ist sich ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber vollständig bewusst. Berlin, den 3. April 1849.

Sodann gab der Ministerpräsident v. Gagern nachstehende Erklärung über den Stand der schleswig-holsteinischen Frage:

Der Nationalversammlung hat am 5. vorigen Monats das Reichsministerium Mittheilung gemacht, daß die am 26. August 1848 zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstandskondition dänischer Seite, ungeachtet der unter Vermittlung Großbritanniens bereits eingeleiteten Friedensunterhandlungen, gekündigt worden sey. Es wurde von mir dabei bemerkt, daß die Friedensunterhandlungen als unterbrochen zu betrachten seyen, so lange man sich nicht einig, daß bis zu einem weiter zu bestimmenden Termine die Feindseligkeiten nicht würden erneuert, der Status quo würde aufrecht erhalten werden. Ich hatte hinzuzufügen die Ehre, daß weitere Unterhandlungen auf diesen vorläufigen Zweck gerichtet seyen. Auf die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstandes hatte nämlich das Reichsministerium an die großbritannische Regierung die Anfrage gerichtet, ob letztere die Versicherung erteilen könne, während der Dauer der unter ihrer Vermittlung geführten Friedensunterhandlung den Wiederbeginn der Feindseligkeiten nicht zugeben, und nöthigenfalls mit allen erforderlichen Mitteln verhindern zu wollen. Erst nachdem die vermittelnde Macht erklärt hatte, eine solche Versicherung nicht erteilen zu können, setzte die Zentralgewalt die zur Abwehr des drohenden Angriffs erforderliche Truppenmacht in Bewegung, und ließ diese Truppen in die Stellungen einrücken, welche dieselben nach Art. 2 des Malmöer Vertrags nach erfolgter Kündigung des Waffenstillstandes wieder einzunehmen haben.

Die vermittelnde Macht verfolgte zwar ihre angelegentlichen Bemühungen, eine angemessene vertragmäßige Verlängerung der Waffenruhe zu erwirken, wie sie zur gedeihlichen Führung und Beendigung der Friedensverhandlung erforderlich war; aber es legten sich diesen Bemühungen unzulässige und stets gesteigerte Ansprüche Dänemarks entgegen, und sie hatten keinen andern Erfolg, als daß am 25. v. M. dem Reichsministerium neue Vorschläge zum Abschlusse von Friedenspräliminarien aus Kopenhagen mit dem Bemerkten zugegangen waren, daß die dänische Regierung, um die Antwort abwarten zu können, die Feindseligkeiten zu Land und zur See nicht vor dem 3. April beginnen lassen werde, falls dem Marsche der deutschen Truppen Einhalt geschehe. Auf letztere Bedingung konnte bei der Kürze der Frist so wenig eingegangen werden, als auf die Vorschläge selbst, in welchen die Forderungen Dänemarks weiter gehen, als in allen früheren.

Jener Termin ist nun abgelaufen; der Krieg kann wieder beginnen; vielleicht haben die Feindseligkeiten in diesem Augenblicke schon begonnen. Da aber die dänische Regierung fortwährend versichert, daß ungeachtet der Kündigung des Waffenstillstandes die Erneuerung der Feindseligkeiten nicht in ihrer Absicht liege, so wird nicht der bloße Ablauf des Waffenstillstandes, sondern erst ein wirklicher Angriff Dänemarks die Entscheidung der Waffen hervorrufen.

Die provisorische Zentralgewalt hat ihr Bestreben auf die Erzielung eines für beide streitende Theile billigen, die kontestirten Rechte vermittelnden Friedens gerichtet; sie hat im letzten Augenblicke noch Europa ein Pfand ihrer Friedensliebe dadurch dargebracht, daß der Befehlshaber des deutschen Operationskorps, als welcher der k. preussische Generalleutnant v. Prittwitz ernannt ist, die Weisung erhalten hat, seinerseits nicht anzugreifen, sondern in der Verteidigungsstellung zu verharren, so lange kein Angriff von Seiten Dänemarks erfolgt.

Die in Folge des Vertrags von Malmö eingesezte gemeinsame Regierung der Herzogthümer hat ihr Amt niedergelegt, nachdem mit Ablauf dieses Vertrages ihre Vollmacht erloschen war. Es ist daher von Seiten der provisorischen Zentralgewalt, welcher die Sorge für die vorläufige Verwaltung der Herzogthümer obliegt, eine Statthaltertschaft eingesezt worden, welcher die Ausübung sämtlicher Regierungsrechte bis zum Abschlusse eines Friedens, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherren, unter Zustimmung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung übertragen worden ist.

Hofbauer und Genossen stellen einen dringlichen Antrag, die Versammlung möge sofort über die Antwort des Königs von Preußen in Berathung treten, damit man der Deputation in Berlin neue Instruktionen zufertigen

könne. Die Dringlichkeit geht durch, aber nun erhebt sich ein Streit über die Frage, welchem Ausschusse der Antrag zuzuweisen sey, worauf Hofbauer denselben zurückzieht.

Ein dringlicher Antrag von Raveaux will die Deputation von Berlin zurückberufen wissen, da ihr Auftrag zu Ende sey. Die Dringlichkeit wird mit 191 gegen 163 Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung: künftigen Mittwoch.

Bericht

der unterzeichneten Abgeordneten über die Vorgänge in der Paulskirche am 27. und 28. März.

Als Nationalvertreter sind wir Unterzeichnete verbunden, ein Zeugniß der Wahrheit vor dem deutschen Volke abzulegen von den folgen schweren Vorgängen des 27. und 28. März; wir halten uns dazu um so mehr verpflichtet, weil wesentliche Umstände von manchen Zeitungen verschwiegen, von andern verunstaltet wurden.

Dobgleich in der Nationalversammlung ununterbrochen anerkannt wurde, daß eine Verständigung mit den einzelnen Staaten über die Verfassungsbestimmungen stattfinden solle, so sind doch die Bemerkungen der Regierungen in der Nationalversammlung nicht zur Berathung gekommen. Unerrachtet die Nationalversammlung durch einen besondern Beschluß bestimmt hatte, daß Unterhandlungen mit dem österreichischen Ministerium gepflogen werden sollten, und das österreichische Ministerium mit Vorschlägen neuerlich entgegengekommen war, so haben die letzteren doch nicht die allergeringste Beachtung gefunden. Diese Unterlassungen zu verhindern, waren wir außer Stand; unsere Anträge wurden zurückgewiesen. Bereits war die Nationalversammlung durch den Welcker'schen Antrag, durch das ununterbrochene Bearbeiten der Presse, und durch ausgebreitete Gerüchte in den Zustand höchster Aufregung versetzt.

Als unsere Aufgabe sahen wir es an, für das gesammte Deutschland eine Verfassungsform zu schaffen, und widerstreben demgemäß der Annahme eines erblichen Kaiserthums, weil dieses, die Einheit Deutschlands auf immer zerreißen, die Gesamtkraft unseres Volkes vernichten, die Freiheit gefährden, die Gleichberechtigung aller Stämme verlegt, Unruhe nach sich zieht statt Ruhe, und das Vaterland in große Gefahren stürzt. Gar kein Mandat aber haben wir zur Erwählung einer Kaiserdynastie.

Nachdem von der Nationalversammlung der Antrag, ein erbliches Kaiserthum einzusetzen, am 23. Januar mit einer Mehrheit von 52 Stimmen und zum zweiten Male am 21. März in dem Welcker'schen Antrage mit 31 Stimmen Mehrheit verworfen worden war, bekam derselbe Antrag, ohne von neuem berathen zu seyn, am 27. März bei 538 anwesenden Nationalvertretern eine Mehrheit von vier Stimmen. Um eine erbliche Kaisergewalt über das deutsche Volk zu begründen, muß der Nationalwille sich unzweideutiger, übereinstimmender, allseitiger äußern. Wie Stimmen dafür erlangt wurden, Das wollen wir hier eben so wenig beachten, als prüfen, ob die Abgeordneten aus Schleswig über die wichtigste Frage unserer Zukunft den Ausschlag geben durften, nachdem in §. 1 der Verfassung am 23. März beschloffen war, daß „die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig der definitiven Anordnung vorbehalten bleiben“, es mithin fraglich ist, ob die demnach nur provisorisch zugelassenen Schleswiger bei Deutschland verbleiben oder nicht; aber erwähnen wollen wir, daß gerade vier Abgeordnete aus Oesterreich, welche den Antrag bejahten, am folgenden Tage die Erwählung verweigerten. Unter den die Erblichkeit Annehmenden waren 150 Preußen, die in so fern in eigener Sache stimmten, da bekannt war, daß es sich allein um die Erhebung des preussischen Königs, ihres Fürsten, zum Beherrscher der übrigen Staaten und Stämme handelte. In großer Mehrheit erklärten sich dagegen die Abgeordneten aus Bayern (dagegen 52, dafür nur 13), Württemberg (dagegen 19, dafür 7), Baden (dagegen 11, dafür 5), Oesterreich (dagegen 106, dafür 4), Sachsen (dagegen 15, dafür 5).

Kaum war am Abend des 27. März die Lösung der tief einschneidenden Frage mit der zweifelhaften Mehrheit von $\frac{1}{134}$ der anwesenden Nationalvertreter gegeben, so kam am folgenden Tag ein Antrag über die Art der Wahl des Kaisergeschlechtes in die Nationalversammlung. Ob zu einem solchen Wahlakte die verfassungsgebende Nationalversammlung beauftragt und berechtigt sey, wann und wie die Erwählung vorzunehmen, in welcher Weise die Verfassung vollzogen und verkündet werden solle, stand zu erörtern. Nochten Viele schon ihr Gewissen dadurch beschwert finden, daß ihnen die Gelegenheit genommen war, durch eine Schlußabstimmung über das Ganze des Verfassungswerkes sich rechtsverbindlich auszusprechen, so wurde jetzt eine vorläufige Entschlieung über die Wahlart gefordert; denn kein Verzicht, keine Begründung der Anträge befand sich in unsern Händen. Und doch sezt die Geschäftsordnung §. 32 ausdrücklich, nur geringfügige oder „sehr dringende“ Sachen ausnehmend, wörtlich fest: „Die Hauptverhandlung über einen Antrag kann nicht vor Verlauf von 24 Stunden nach dessen Vertheilung im Druck in der Nationalversammlung

stattfinden.“ Erst während der Verhandlung selbst wurde ein Blatt mit den Anträgen des Ausschusses vertheilt und die Verhandlung schleunigst beendigt. Denn nachdem die Versammlung nach dem Wortführer des Ausschusses einen einzigen Redner dagegen hatte sprechen lassen, Herrn Reichensperger, und seinen triftigen Gründen und Ausführungen kein Einwand entgegengezetzt worden, nur höhnisches Gelächter, ward den übrigen angemeldeten Rednern das Wort abgeschnitten und der Schluß der Verhandlung dekretirt, dann schnell durch das bei so getheilter Meinung des Parlaments unsichere Mittel des Aufstehens und Sigenbleibens abgestimmt, — und im Fluge waren zehn gewichtige Anträge über Verfassungsverfändigung und Kaiserwahl angenommen. Darauf wurde vom Präsidenten die Verfassung als gültig erklärt, ohne daß ihr Wortlaut verlesen worden wäre, und sofort zur Kaiserwahl geschritten, deren Vornahme nicht auf der Tagesordnung angekündigt worden. Also ein dringlicher Antrag über eine Kaiserwahl!

Bei dem Namensaufruf erklärten zweihundert und achtundvierzig Abgeordnete, daß sie nicht wählen; 290 Abgeordnete (worunter 164 aus Preußen) wählten einen Erbkaiser. Als der letzte Abgeordnete befragt war, rief der Präsident den König von Preußen zum Kaiser der Deutschen aus, und hatte kaum angefangen zu sprechen, als schon bestelltes Stodengeläute ertönte. Ein paar hundert Abgeordnete hatten theils Erklärungen über ihre Weigerung, zu wählen, theils auch Vorbehalte rüchlichlich der von ihnen mitvorgenenommenen Wahl eingereicht. Der Präsident verlas diese nicht, zuwider dem regelmäßigen Gebrauch. Als wir ihre Verlesung forderten, befragte er die Versammlung, deren Mehrheit die Verlesung unserer Erklärungen verweigerte. In drei Stunden war Dieses Alles abgemacht.

Wir fragen, welche Dringlichkeit der Umstände ein solches Ueberstürzen rechtfertigt? Denn wir kennen keine allgewaltig zu solch betäubender Hast hindrängende Noth. Die Gewalt der Thatfachen wird unserm öffentlichen Widerspruche Nachdruck geben: von uns wissen wir ab die Verantwortlichkeit. Im „Weidenbusch“ berath und beschließt die Partei, welche die Mehrheit besizt: in der Paulskirche wird nicht mehr berathen, sondern was im Weidenbusch beschloffen war, von ihr zum Beschlusse der Nationalversammlung erhoben. Das Gesetz der Mehrheit gilt in den Parlamenten; aber wir glauben nimmermehr, daß die in der Geschäftsordnung hingestellten Vorsichtsmaßregeln, deren Zweck ist, vor Uebereilung und Ungerechtigkeit zu schützen, Vorsichtsmaßregeln, die bei den untergeordnetsten Geschäften streng beobachtet werden, in so ernster und wichtiger Angelegenheit durch Mehrheitsbeschlüsse niedergeschmettert werden dürfen.

Dies ist der Sachverhalt und das Verfahren. Nicht darüber das deutsche Volk, richten seine Regierungen und Ständeversammlungen!

Frankfurt a. M., den 30. März 1849.

- Bothmer von Carow für Hannover.
- Dr. Heinrich Buttko, Abgeordneter aus Sachsen.
- Dr. Linde aus Mainz, Abgeordneter von Westphalen.
- Buß aus Freiburg, Abgeordneter von Westphalen.
- Karl Möring, Abgeordneter aus Wien.
- v. Sommaruga, Abgeordneter aus Eger.
- Dr. Kreuzberg, Abgeordneter für Gablons.
- Dr. Polage aus Weisthich.
- Graf aus München.
- Schreiner aus Graz.
- Dr. v. Lassaulx aus München.
- v. Neuwall aus Brünn.
- Peter Kanitsch aus Karlsberg in Kärnten.
- Ignaz v. Kürsinger aus Salzburg.
- Karl v. Kürsinger aus Salzburg.
- J. Lindner für Amstetten.
- J. G. Neumann.
- Fr. Göbel für Jägerndorf.
- Rapp für Rumberg.
- Dr. Werner, Abg. für Meß.
- Jos. Weiß für Grinn.
- Weber aus Neuburg.
- Mally aus Marburg in Steyermark.
- Knarr aus Hartberg.
- Schieder mayer für Böchlaurbich.
- Jos. Schmidt für Scheerding.
- Bonbun aus Feldbich.
- Span, Abg. für Unterinntal.
- Dr. Archer für die Umgebung Graz.
- Detmold aus Hannover.
- v. Weisler aus München.
- Hugo, Abgeordneter von Göttingen.
- Edart aus Lohr.
- Kagerbauer aus Linz.
- Dr. Huber aus Kaplig.
- Kenger.
- Piringer, Wahlbezirk Efferding in Oberösterreich.
- Achleitner.
- v. Kaisersfeld aus Graz.
- Niegler aus Mährisch-Budwig.
- E. Fügler aus Kornneuburg.

Kienbacher aus Goldegg.
 Schuler aus Innsbruck.
 Friedr. Bergmüller aus Mauerkirchen in Oberösterreich.
 Dr. Kerer aus Innsbruck.
 Anton Peger von Brunek.
 Formacher, Abg. aus Ganobitz.
 v. Grundner aus Ingolstadt.
 Eduard Dueser, Abg. für Leoben in Steyermark.
 Fr. Reindl aus Drth.
 Franz Möller, Abg. für Reichenberg.
 Rastl, Abg. für Mies in Böhmen.
 Zum Sande, Abg. aus Lingen.
 Stülz aus St. Florian.
 Beda Weber aus Meran.
 Dr. Nagegger aus Obermais in Tyrol.
 Georg Engelmaier für Inns.
 Fritsch vom Wahlbezirk Wels.
 Schmerling, Abg. für Tulln.
 Deymann, Abg. aus Meppen in Westphalen.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. April. (165. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Weller.)

Der Abg. Helmeich, welcher heute eingetreten, wird beedigt, worauf die Vorlage einiger Petitionen erfolgte.

Zentner übergibt aus Auftrag des Professors Werber zu Freiburg als Zeichen von dessen Verehrung gegen die Kammer eine Druckschrift desselben, betitelt: „Deutschland im Wendepunkt seiner Zeit, in politischer und sozialer Beziehung.“

Nach einer Eröffnung des Präsidenten ist die Erste Kammer dem an sie gelangten Gesetzentwurf über die Kommunal-schulen mit einigen Abänderungen beigetreten; letztere werden zur weiteren Verathung und Berichterstattung an die betreffende Kommission zurückgewiesen.

Die Tagesordnung führt sofort zur Fortsetzung der Verathung über Hilbrant's Ausschussbericht zu dem Gesetzentwurf, die den Gerichten überwiesenen Geschäfte der Rechtspolizei betreffend. Hierbei fand über den durch Prestinari in der letzten Sitzung zu S. 7 gestellten und an die Kommission zurückgewiesenen Antrag, daß die Nachsichtsertheilungen bei Eingehungen von Ehen in minder wichtigen Fällen durch den Staatsanwalt vorbehaltlich des Rekurses an das Justizministerium, und in wichtigeren Fällen durch letzteres mit einem Rekurse an das Staatsministerium ausgesprochen werden sollen, eine weitläufige Erörterung statt, welche das Resultat hatte, daß der Antrag verworfen, und, wie Solches das Landrecht vorschreibt, dem Staatsherrn überlassen wurde, diese Nachsicht entweder selbst zu ertheilen, oder die Stelle zu bezeichnen, die in dessen Namen und Auftrag Solches zu thun habe. Im Uebrigen wurde der ganze Gesetzentwurf mit wenigen, durch die Kommission beantragten Abänderungen einstimmig angenommen.

Lamey und Weller übergeben zwei Kommissionsberichte, der Erste über den von der Ersten Kammer wieder zurückgekommenen Gesetzentwurf, die Gerichtsverfassung betreffend, und letzterer über das Budget des Justizministeriums. Die Kammer beschließt deren Vorausbdruck.

Bezüglich auf den hierauf zur Diskussion ausgelegten Budgetkommissions-Bericht des Abg. Blankenhorn über den an diese Kommission zurückgewiesenen Antrag: die Befreiung der ganz Besitzlosen von jeder direkten Steuer betreffend, entwickelt Ulrich in einem längeren Vortrage die Gründe, welche gegen eine solche Befreiung sprechen, und zeigt sonach die Schattenseiten, wird aber von andern Rednern widerlegt und dabei insbesondere hervorgehoben, daß die beantragte Befreiung nur vorübergehend, nämlich nur für das laufende halbe Jahr stattfinden solle; wodurch also die meisten andernfalls mit Grund erhobenen Anstände beseitigt seyen. Die Kommission schlug nämlich nur vor: die Kammer wolle aussprechen, daß alle mit 500 fl. Personalssteuerkapital katastrirten Gewerbsleute, insofern sie nicht außerdem noch einer andern direkten Steuer unterliegen, von dieser Steuer zu befreien seyen, und daß hienach die betreffende Einnahmsposition der Gewerbesteuer für dieses halbe Jahr um 20,000 fl. zu ermäßigen, beziehungsweise der Budgetsatz auf 635,426 fl. festzusetzen sey. Da jedoch sowohl über die Form, in welcher sich die Kammer der Regierung gegenüber (ob nämlich im Weg einer Adresse oder durch eine Erklärung zu Protokoll) auszusprechen habe, als auch darüber Bedenken erhoben worden sind, daß durch die von der Kommission beantragte allgemeine Bestimmung auch mancher Vermögliche, der sonst keine direkte Steuer bezahle, frei bleiben würde, so wurde zwar der Kommissionsvorschlag angenommen, jedoch mit dem durch Malsch beantragten Beisatz, daß Jeder, der eine derartige Befreiung in Anspruch nehme, sein Gesuch der Beurtheilung des Steuer-schätzungsrathes zu unterstellen habe, und auf v. Stockhorn's und Schaaff's fernern Antrag der weitere Beschluß gefaßt, einen auf diesen Gegenstand bezüglichen Wunsch zu Protokoll zu erklären, damit bei Erlassung des Finanzgesetzes, welches den Kammern jedenfalls wieder vorgelegt werden müsse, die geeignete Rücksicht genommen werden möge.

Hierauf wurde Speyerer's Budgetkommissions-Bericht über den Nachtrag zum außerordentlichen Grundstock-Budget zur Diskussion ausgelegt, und sofort, da sich kein Redner meldete, alle Anträge bei der Abstimmung angenommen. Dieselben betreffen Verwendungen aus dem Grundstock, und zwar für den abgebrannten Schlossflügel zu Mannheim 1180 fl., für die Ackerbau-Schule auf der Hochburg 16,300 fl., für die Vollendung des Abfuhrweges von St. Ursula nach Dittenhöfen 500 fl., und für jenen von Herrenwies ins Böhler Thal 500 fl., für den Holz-Abfuhrweg von Hochbrud bei Oberried bis zum Steppweg bei Muggenbrunn 22,407 fl., und für jenen durch das Berrathal von Todmoos nach Wehr 41,734 fl. 33 fr.

Da hienach die Tagesordnung erschöpft war, so wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: den ersten Donnerstag nach Ostern, früh 10 Uhr. Tagesordnung: Diskussion über Lamey's Bericht, die Gerichtsverfassung, und über den durch Mez erstatteten, die Nachweisungen des Kriegsministeriums betreffend.

Ulftadt (bei Bruchsal), 30. März. Auch wir beobachteten hier die Mäßigkeit der republikanischen Partei, indem wir seit einiger Zeit jeden Sonntag Wagen mit bärtigen Leuten von der Stadt Bruchsal ankommen und vorbeifahren sehen, welche in den Drischasteln die demokratische Taufe erhalten.

Solches geschah denn vor einigen Wochen auch hier, wo man schon geraume Zeit Vorbereitungen zu dem wichtigen Akte bemerkte. Die Leute fanden auch hier ihre Anhänger, denn die hingeworfenen Vorreden versprechen „auf sicherem Wege“ Erleichterungen jeder Art; — und wirklich haben Manche sich schon erleichtert und werden noch mehr erleichtert werden, während Andere bei dem Vereine ihre habgierigen oder ehrgeizigen Absichten zu befriedigen suchen.

Was das neulich im „Verkündiger“ gepriesene Ansehen der aufgenommenen hiesigen Mitglieder betrifft, so ist man in Bezug auf Gänzhirt und Nachtwächter u. a. außer Zweifel; das Ansehen Anderer dabei ist relativ, indem es darauf ankommt, wie solche Leute von Vernünftigen angesehen werden. Im Ganzen möchten die Meisten über die im Munde geführten und schroff einander gegenüber gestellten griechischen Worte „Aristokratie“ und „Demokratie“ keine richtigen Begriffe haben, und am wenigsten möchten sie wissen, daß beide Extreme in der glücklichen konstitutionell-monarchischen Regierungsform sich ausgleichen. Etwas Merkwürdiges wäre von diesem demokratischen Vereine weiter nicht anzuführen, als daß einer der Vorkände sich bei den allgemeinen Versammlungen nicht einfindet, und der andere Vorstand neulich in einer zu haltenden Rede von vorne herein stecken blieb, was übrigens die Anwesenden nicht sonderlich wundernahm, als sie sahen, daß er sein inzwischen zu Rathe gezogenes Geschreibsel selber nicht lesen konnte.

Die einschüchtere Vorkände, bei weitem die größte Zahl, werden von den Nothen nicht irreführt. Die Schrecksbeispiele des Nordes an Latour in Wien und der Schandthaten an Auerwald und Lidnowsky in Frankfurt sind warnende Denkzeichen, was die immerwährende Ausfaat von Mistrauen, Haß, und Feindschaft jeder Art am Ende zur Folge hat. Das sind die Abscheu erregenden Auswüchse einer Parteiwuth, welche auch der Einigung Deutschlands seither am meisten entgegenstand. Wer es gut mit dem Vaterlande meint, der huldigt einem vernünftigen, auf Möglichkeit gegründeten gefesslichen Fortschritte, dessen Weg aber nicht über rauchende Trümmer und über blutige Leichen der Mitbürger geht.

Billingen, 2. April. (N. Fr. 3.) Auch hier hat sich nun ein vaterländischer Verein gebildet. Schon bei seiner Konstitution zählte er über hundert Mitglieder.

Diese für freisinnig, konstitutionelle Richtung wirkenden Vereine verbreiten sich immer mehr und mehr. Mögen noch recht viele Gemeinden den bisher gegebenen Beispielen folgen.

Stuttgart, 4. April. (Schwäb. M.) Dem gestern Nachmittag 3 Uhr von Heilbronn abgefahrenen Güterzug auf unserer Eisenbahn begegnete bei Thamm ein Unglück. In einer sich von selbst dem Zug öffnenden Weiche befanden sich Steine; dadurch kam der Zug aus dem Geleise. Mehrere Wagen und die Maschine wurden beschädigt, von Personen wurde Niemand verletzt. Der Schaden ist nicht unbedeutend.

Dresden, 28. März. (Deutsche Ref.) Ziemlich sichern Kombinationen zufolge wurde den Kammern in den gefürchten geheimen Sitzungen eröffnet, daß Oesterreich die Zurückberufung des Gesandten v. Körneritz als einen Bruch zwischen Sachsen und Oesterreich betrachte, und deshalb von der Ausführung jener Maßnahme Umgang genommen ist.

Leipzig, 2. April. (Leipz. Tagbl.) Nach einer Korrespondenz eines sächsischen Offiziers in Holstein ist der jetzige Stand der Reichstruppen folgender. Erste Division: Schleswig-Holsteiner (über 20,000) unter General Bonin, in und bei Flensburg bis zur Königssau. Zweite Division: Bayern, Württemberger, Badener, und die thüringischen Truppen unter den bayrischen Generalen Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg und Spangenberg, in und bei Schleswig. Dritte Division: Hannoveraner und Sachsen unter General Wyneken, in und bei Rendsburg. Vierte Division: Preußen, in und bei Neumünster. Sämmtliche Truppen unter dem Oberkommando des Generals v. Pittwis.

Hannover, 29. März. (Schwäb. M.) Die hannoversche Zeitung weist mit höchster Entrüstung den von der Parlamentskorrespondenz an Hannover gerichteten Vorwurf des Partikularismus bei den Kriegsrüstungen gegen Danemark als eine „Verleumdung“ zurück. Sie verweist zunächst auf die Thatsache, daß eine hannoversche Brigade schon über die Elbe gerückt und längst in Rendsburg angekommen war, als der Artikel von Frankfurt aus in die Welt geschickt wurde. Die hannoversche Brigade habe den Marsch nach den Herzogthümern angetreten, sobald man in Hannover die Gewißheit erlangt, daß sie durch eine genügende Verstärkung mit andern Reichstruppen vor feindlicher Uebermacht gesichert sey. Nicht am Plage sey, so viel man wisse, bis jetzt noch das preussische Kontingent, das im ersten Aufgebote mit 10- bis 12,000 Mann die erste Stelle einnehme. Was die Bezahlung der durch die Kantonnirung und die Zusammenziehung erwachsenden Kosten betreffe, so habe Hannover bis jetzt nicht nur für keinerlei vorig- und dies-jährige eigene Leistungen zu Reichs- und Bundeszwecken das Geringste vergütet erhalten, sondern sogar die Erstattung der vorzuschußweise bestrittenen Kosten zur Verpflegung anderer Bundesstruppen im eigenen Lande noch immer zu erwarten. Gleiche Vorschußzumuthungen seyen für die noch andauernden Durchmärsche abermals ergangen. Für den

Anmarsch der übrigen Reichstruppen habe eine Verspätung aus dem Verhalten der hannoverschen Brigade um so weniger folgen können, da von der Zentralgewalt von Anfang an mit Recht darauf gezählt worden sey, daß für die Beförderung und Bequartierung der Ersten auf hannoverschen Eisenbahnen und im hannoverschen Gebiete mit bewährter Pünktlichkeit werde gesorgt werden.

Hamburg, 1. April. (Frankf. J.) Gestern traf der Herzog von Koburg-Gotha, Generalleutnant der k. sächsischen Truppen, nebst Gefolge hier ein. Auch eine sächsische 12-Pfünder-Batterie von 8 Kanonen nebst dazu gehöriger Mannschaft ist gestern hier angelangt und heute von Altona nach Rendsburg weiter befördert worden. Auf heute wird hier erwartet ein Bataillon Preußen, 800 Mann; auf morgen desgleichen; zum 3. April 2 Bataillone Preußen, desgleichen auch zum 4.

Der Verfertigung eines dem sächsischen Generalstabe angehörigen Offiziers zufolge, stehen in den Herzogthümern bereits 54,000 Mann Reichstruppen. Der Transport von schwerem Küstengeschütz aus Lüttich für die Herzogthümer dauert ununterbrochen fort. Bis jetzt sind angelangt 48 Stück 60-Pfünder, wovon 4 nach Rendsburg und die übrigen nach Kiel und Umgegend verandt wurden. 32 Geschütze gleicher Schwere werden noch erwartet.

Oldenburg, 27. März. (Frankf. J.) Die Errichtung des anbefohlenen Reiterregiments wird mit regem Eifer betrieben und sind zu diesem Behufe ansehnliche Ankäufe in ausgezeichneten Pferden gemacht worden. Das hiesige Ministerium hat sich zu der ersten Einrichtung preussische Offiziere von Berlin erbeten, welchem Wunsche man dort mit Bereitwilligkeit entsprochen hat.

Berlin, 2. April. (Konst. 3.) Seit kurzer Zeit weilt der k. k. österreichische Ministerialrath Dr. jur. Becker in unserer Stadt, um die über Verbindung der Telegraphenlinien mit den diesseitigen Behörden zu unterhandeln. Wir vernahmen, daß eine Uebereinkunft bereits dem Abschlusse nahe ist, nach welcher die Telegraphenverbindung von Wien über Oberberg und Breslau nach Berlin in kürzester Zeit in Gang kommen wird. Von Berlin gehen die Telegraphenzüge auf der einen Seite nach Hamburg, auf der andern nach Köln und Brüssel (Paris), auf der dritten über Halle, Erfurt, Eisenach nach Frankfurt a. M. Oesterreichischer Seite wird dann noch Sorge getragen werden, die Telegraphenverbindung von Nürnberg, Kallendach, Hof über Leipzig, Dresden, und Prag herzustellen.

Deutschland wird dadurch in den Besitz der großartigsten Telegraphenverbindung auf dem Kontinent von Europa gesetzt. Es liegt in der Absicht beider Regierungen, die Telegraphenverbindung auch dem Publikum zur Benützung zu gestatten.

Marienburg, 23. März. (D. f. M.) Schon längere Zeit trieb eine freche Diebs- und Räuberbande im Werber ungestraft ihr verbrecherisches Spiel. In den Dörfern Ragnow, Altfelde, Reichfelde, Lesewitz u. a. hatten wiederholte Einbrüche und Raubankfälle stattgefunden. Die Bande fand sich durch das Gelingen ihrer Unternehmungen, vor Allem aber durch den heutzutage unter den untern Klassen so allgemein verbreiteten und von demokratischen Wählern absichtlich bestärkten Glauben an völlige Straflosigkeit immer mehr ermutigt; Polizei und Gendarmen dagegen fühlte sich durch die Habeas-Corpus-Akte so gehemmt, und ist auch durch die Modeansicht des Tages überhaupt so in den Hintergrund gedrängt und gelähmt, daß nicht abzusehen war, wann und wie diesem Unwesen würde ein Ende gemacht werden können.

Da ermannten sich endlich die Einwohner von Lesewitz, zogen nach Schwadwalde, wo notorisch die Mehrzahl der Spizbiben wohnte, brachen trotz Habeas-Corpus-Akte zur Nacht in deren Häuser, und übten dann sofort an den Eingefangenen prompt „Volksjustiz“. Dreizehn dieser Böswichte wurden einer nach dem andern über einen Klotz gelegt, mit Händen und Füßen an Böcke angehängelt, nachdem sie bis aufs Hemde entkleidet worden waren, dann mit Wasser bezossen, stramm angezogen, und darauf mit Kanischuhhieben zum Geständnisse ihrer Schandthaten gezwungen. Auch die Weiber dieser Böswichter wurden durch Schläge zur Herausgabe des gestohlenen Gutes gezwungen und hinterher (!) die ganze Gesellschaft dem Gerichte übergeben.

Bekanntlich fiel bei Möhrungen vor einiger Zeit ganz Aehnliches vor, nur mit dem Unterschiede, daß die Verbrecher, nachdem das Gericht sie mehrmals hatte entspringen lassen, und sie ihre Einbrüche und Raubankfälle immer wieder von neuem begannen, von den Beschädigten nicht nur eingefangen und abgestraft, sondern drei oder vier davon todgeschlagen wurden. In andern Provinzen sind Fälle wie der letztere mehr als einmal vorgekommen.

Wien, 1. April. Die Minister sind gestern nach Olmütz abgereist, was sowohl mit den italienischen als ungarischen Angelegenheiten in Verbindung gebracht wird. Feldmarschall-Leutnant Wohlgenuth ist gestern mit den Friedenspräliminarien hier durchgereist. Man gibt die Grundzüge derselben folgendermaßen an: Kriegskontribution von 80 Millionen Lire (Franken), wovon ein Fünftel sogleich zu entrichten; Besetzung der Festungen Nowara und Alessandria und einer bestimmten Landstrecke zur Bürgschaft; Verminderung der piemontesischen Armee auf 25,000 Mann; Entfernung der sardinischen Flotte aus dem adriatischen Meere. Eine andere, in den gestrigen Abendblättern mitgetheilte Version läßt die Kontribution aus 80 Millionen Gulden bestehen.

Dgleich die Cholera hier nun fast ganz erloschen ist, so werden doch noch einige von den Filialspitalern aus Borsdorf beibehalten, damit man sie erforderlichen Falls sogleich wieder öffnen kann.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. März. (Allg. 3.) Hinter Keckemet kam es neulich zu einem heißen Scharmügel, in dem die kaiserlichen

...spätung so wenig...
 ...Anfang...
 ...während...
 ...erwähnt...
 ...traf der...
 ...fächliche...
 ...gehöriger...
 ...n Altona...
 ...ute wird...
 ...auf...
 ...Preußen...
 ...habe an...
 ...thümern...
 ...vort von...
 ...48 Stück...
 ...gen nach...
 ...gleicher...
 ...richtung...
 ...Eifer be...
 ...käufe in...
 ...sige Wi...
 ...che D...
 ...dort mit...
 ...eit weilt...
 ...r in un...
 ...enlinien...
 ...Wir ver...
 ...sso nahe...
 ...ien über...
 ...Zeit in...
 ...trapp...
 ...c andern...
 ...r Halle...
 ...reichlicher...
 ...ie Tele...
 ...hof über...
 ...artigsten...
 ...Europa...
 ...gen, die...
 ...enügung...
 ...zere Zeit...
 ...er unge...
 ...Ragnas...
 ...inbrüche...
 ...ch durch...
 ...er durch...
 ...ein ver...
 ...lich be...
 ...mehr er...
 ...ich durch...
 ...durch die...
 ...ergund...
 ...ann und...
 ...können...
 ...Lebew...
 ...zahl der...
 ...Alte zu...
 ...den Ein...
 ...er Böse...
 ...nachdem...
 ...mit Was...
 ...anfsch...
 ...wungen...
 ...Schläge...
 ...und hin...
 ...eben...
 ...Zeit 'ganz...
 ...Verb...
 ...springen...
 ...mer wie...
 ...nicht nur...
 ...er davon...
 ...id Fälle...
 ...ern nach...
 ...als un...
 ...ird...
 ...mit dem...
 ...gibt die...
 ...ontribu...
 ...behnth...
 ...Novara...
 ...Bürg...
 ...25,000...
 ...n abri...
 ...blättern...
 ...Kilometern...
 ...ist, so...
 ...Bor...
 ...ich wie...
 ...kam es...
 ...ferlichen

der moldauisch-siebenbürgischen Gränze vom 20. März, daß Feldmarschall-Leutnant Puchner auf walachischem Gebiet angekommen sey. Sie fügen bei, derselbe sey mit seinem Armeekorps am 17. März wieder vor Hermannstadt erschienen; sie wissen aber nichts Näheres über die Katastrophe anzugeben, die ihn dann nach der Walachei gedrängt. Von anderer Seite fehlt bis jetzt die Bestätigung dieser Unglückskunde.

Italien.

Rom, 24. März. (Allg. Z.) Den Antrag, der Republik den Eid zu schwören, haben die Schweizerregimenter abgelehnt und lösen sich auf. Nur die Artillerie unter Major Ventulus hat Dienste genommen. Vor ihrem Abzug aus Bologna verlangten die Regimenter der Kapitulationen von 1831 gemäß ihren Sold bis 1850. Der Präsekt der Provinz von Bologna wollte sie hinhalten; endlich aber gab er Befehl, die Soldaten vertragsmäßig zu bezahlen. Allein da man die Wohnung in Treviso scheute, nicht in klingender Münze auszahlen wollte, bemächtigten sie sich der Artillerie, fuhren sie an der Hauptstraße auf, und drohten Ernst zu machen. Die Nationalgarde versuchte vergeblich zu vermitteln, die Schweizertruppen blieben in der drohenden Stellung. Endlich brachte man in der Regierung und im Gemeinderath 40,000 Scudi in Münze zusammen und stellte sie der Regimentskasse zu; allein Dies war nicht ausreichend. Dem Vermuthen nach werden die Schweizer von ihrem Verlangen nicht absteigen und es könnte leicht Handel geben.

Toskana. (Basl. Z.) Die (inzwischen beendigte) Erneuerung der Feindseligkeiten hat hier nur eine geringe Bewegung hervorgerufen. Die toskanische Regierung hat sich verbindlich gemacht, ein Kontingent von 12,000 Mann zur Armee Karl-Albert's zu schicken. Dies ist der Gegenstand aller Unterhaltungen; aber man fragt sich lachend, wo Toskana diese 12,000 Soldaten nehmen soll, die berufen sind, für die Sache der italienischen Unabhängigkeit zu streiten oder zu sterben. Nirgends ist Begeisterung für die Erhebung vorhanden, wie doch noch voriges Jahr zu dieser Zeit. Indessen macht die Regierung furchtbare Anstrengungen, um das Volk aus seiner Trägheit aufzurütteln. Sie mobilisirt auf offizielle Art die Nationalgarde; die Cadres bilden sich; allein die Nationalgarde ist entschlossen, ihren Herd nicht zu verlassen. Jeden Tag erläßt man einen Aufruf an die Freiwilligen, und es stellen sich nur wenige überbürdete Subjekte, angelockt durch den Köder eines hohen Soldes. Die Armee fährt fort, auseinanderzulaufen; von Disziplin ist keine Rede.

Turin, 24. März. (Allg. Z.) Während Piemont zagen seinem Schicksal entgegensteht, deklamirt man in Florenz und Rom von dem glorreichen Befreiungskampfe, der endlich Italien seine Unabhängigkeit wiedergeben werde, und dekreirt von der Tribüne herab Geld und Armeen zur Unterstützung des ritterlichen Piemonts, aber — es kommt weder Geld noch kommen Soldaten, und woher auch? Nur das Beifallklatschen müßiger Zuhörer bringen uns die Zeitungen! Das ist Italien, das sind die Italiener!

Turin. (Basl. Z.) In der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 28. erklärte der Minister Pinelli, die Regierung erkenne den Waffenstillstand in mehreren Punkten nicht als zulässig an; es seyen Maßregeln getroffen worden, daß die Oesterreicher nicht in Alessandria einzögen, und ein Kommissär sey an den österreichischen Feldmarschall gesandt worden, um wo möglich, unter Mitwirkung des englischen und französischen Gesandten, bessere Bedingungen zu erhalten. (Nadezky erwiederte den Gesandten, der Waffenstillstand sey schon abgeschlossen und er könne sie nicht in offizieller Eigenschaft empfangen.) Cristiani und Dabormida erklärten ihren Austritt aus dem Ministerium.

Das nutzlose Widerstreben der Deputirtenkammer gegen die Ereignisse dauert fort. Am 28. sandte sie eine Deputation an den König ab, um ihm den Schmerz auszudrücken, den ihr der Waffenstillstand verursache, und ihm zu erklären, daß die Nationalvertretung ihn unter keiner Bedingung genehmigen könne. Der König empfing die Deputation erst am 29. auf sehr zurückhaltende Weise. In der Sitzung des gleichen Tags leistete er den Eid auf die Konstitution; die Kammern wurden sodann bis zum 5. April vertagt. Durch k. Dekret vom 30. sind sie in Betracht der wichtigen Zeitereignisse aufgelöst worden.

Frankreich.

Paris, 2. April. Man verliert sich in Vermuthungen über den wahren Zweck der Ankunft des Hrn. v. Hübner in Paris, da man weiß, daß dieser in seiner Eigenschaft als Sekretär des Fürsten von Schwarzenberg alle geheimen Fäden der österreichischen Diplomatie genau kennt. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Hr. v. Hübner wirklich von seiner Regierung beauftragt ist, dem Präsidenten der französischen Republik in allen jenen Fragen, welche gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Kabinette Europa's fesseln, die wahren Ansichten des österreichischen Hofes mitzuthellen. In einem diplomatischen Salon wurde gestern Abend mit Bestimmtheit versichert, Hr. v. Hübner habe dem Präsidenten der Republik unter Anderm erklärt, Oesterreich verfolge in Ungarn und Italien eine und dieselbe Politik, nämlich es wolle vor Allem die durch das Wählen der Demagogie gefährdete Staatsgesellschaft retten, um sie auf der Grundlage der praktischen Freiheit vermittelst geregelter Entwicklung des konstitutionellen Lebens wieder aufzubauen und zu befestigen. Man setzt hinzu, Ludwig Napoleon habe geantwortet, das Wiener Kabinett dürfe hierin auf die aufrichtige und ausdauernde Mitwirkung Frankreichs zählen.

Ueberhaupt bemerkt man zwischen Oesterreich und Frankreich seit der Ernennung Ludwig Napoleons zum Präsidenten eine entschiedene Neigung zu einem bessern Einverständnis beider Regierungen. Die österreichisch-deutsche Frage trägt hiezu ebenfalls ihr Scherlein bei. Nachdem seit dem Sturz der Sippchaft des National wieder praktisch gebil-

bete Diplomaten Frankreich im Auslande vertreten, hat unsere Regierung die deutschen Angelegenheiten aus einem ganz andern Standpunkt aufgefaßt, als dies unter der Regierung Cavaignac's der Fall war. Das französische Kabinett weiß sehr genau, welchen bedeutenden Einfluß Lord Palmerston und Lord Cowley auf gewisse Sonderungstendenzen in Deutschland ausüben, und wie Ritter Bunsen sich dazu gebrauchen läßt, für England die gebratenen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Was England durch seinen letzten Handelsvertrag mit Preußen nicht erreichte, das hofft Lord Palmerston durch Begünstigung eines preussischen Kaiserthums zu erzielen. Die Klust, welche ein solches zwischen Nord- und Süddeutschland herbeiführen muß, wird die deutschen Nordprovinzen mit brittischen Manufakturwaaren überschwemmen, und dem deutschen Michel ist dabei die Rolle zugeordnet, welche der brittischen Handelsheerschaft gegenüber auf Portugal lastet.

Während man in dieser Weise Preußen auf dem Wege sieht, sich England in die Arme zu werfen, trachtet Frankreich nach gutem Einvernehmen mit dem österreichischen Kaiserstaat, weil es, sobald die Zollschranken zwischen Ungarn und den übrigen Provinzen des letzteren gefallen sind, sich von einer politischen Annäherung sehr erprießliche Handlungsergebnisse verspricht. So wird eine Spaltung zwischen Oesterreich und Preußen zuletzt nur der brittischen und französischen Industrie zugute kommen. Die Gesetzgeber in der Paulskirche dürfen stolz darauf seyn: Franzosen und Britten hätten es nicht besser einrichten können.

Napoleon Bonaparte (Neffe des Königs von Württemberg), dessen Abreise nach Madrid so oft gemeldet wurde, verließ erst gestern Abend unsere Hauptstadt, um sich nach Spanien zu begeben, wo er als Vorkämpfer der französischen Republik fungiren soll. Diese Wahl hat zugleich einen nicht zu übersehenden geheimen Zweck, da Napoleon Bonaparte ein Vetter der Gemahlin des Herzogs von Valencia (Präsidenten des spanischen Ministerrathes) ist, und soll das durch die spanischen Heirathen unter Ludwig Philipp so stark kompromittirte französische Ansehen jenseits der Pyrenäen herstellen helfen. Sie sehen, Ludwig Napoleon entwickelt in seiner Diplomatie mehr Gewandtheit, als man ihm Anfangs zutraute; wir werden noch weitere Erfahrungen darin machen, und mit jedem Tage wird das Ausland besser erkennen, daß die italienische Verschmiztheit einen Hauptzug im Charakter des heutigen Präsidenten der Republik bildet.

Paris, 3. April. So eben trifft die Nachricht von dem gestern Nacht in Bourges gefällten Urtheil über die Naiverschwörer ein. Barbès und Albert sind zur Deportation, Blancqui zu 10 Jahren, Sobrier zu 7, Quentin und Flotte zu 5, Raspail zu 6 Jahren Zuchthaus-Strafe verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Ueber die flüchtigen Angeklagten wird erst heute das Urtheil gefällt werden. Die Berurtheilten hörten den Spruch mit der größten Ruhe an.

Am 30. und 31. März fanden ziemlich bedeutende Unruhen in Bordeaux statt; den Anlaß dazu gab ein Streit zwischen einigen Polizeibeamten und den Mitgliedern eines rothrepublikanischen Vereins. Letztere durchzogen die Stadt mit dem Rufe: „An die Laternen mit den Aristokraten! Es lebe Barbès, Raspail, und Ledru Rollin!“ Die Sache kam so weit, daß ein großer Theil der Garnison unter die Waffen gerufen wurde.

Amerika.

Neu-York, 7. März. (Besetz.) General Taylor ist vorgestern mit den üblichen Feierlichkeiten unter freiem Himmel und im Angesichte des Volks als Präsident der vereinigten Staaten auf dem Kapitol der Bundesstadt inaugurirt worden.

In der letzten Sitzung des Kongresses entehrten die Senatoren Foote und Cameron den Sitzungssaal des Senates durch eine Prügelei; sie wurden auseinander gebracht und konnten sich deshalb nur das Vergnügen machen, sich gegenseitig Grobheiten zu sagen. Auch im Hause der Repräsentanten kam es zu schändlichen Prügeleien und Gemeinheiten; zuerst ging es zwischen den ehrenwerthen Repräsentanten Bayly, Root, Gibbings, und Meade los; später schlug Johnson von Arkansas Hrn. Ficklin von Illinois nieder. („Freiheit und Bildung für Alle!“)

Vermischte Nachrichten.

Ein durch vielfährige Erfahrung erprobtes Mittel gegen Wechsel, fieber ist folgendes: Man läßt sich auf Schaafleder ein Pechflaster von gewöhnlichem Pech, wie man es in jedem Krämladen kauft, eine Hand groß, streichen, legt dieses nur so warm, daß es gerade anklebt, auf den Magen, und läßt es da liegen, bis es von selbst abfällt, was gewöhnlich in drei bis sechs Wochen geschieht. Es ist dieses Mittel auch in lange fortdauernden fieberhaften Zuständen, welche Folgen anderer Krankheiten waren, mit sehr schnell und sicher wirkendem Erfolg angewendet worden. Man bittet auch die Redaktionen anderer Blätter im Interesse der daran Leidenden dies treffliche und jedenfalls ganz unschädliche Mittel zu veröffentlichen.

Frankfurter Kurztzettel. Geldkurs vom 4. April.

Gold.		Silber.	
	fl. fr.		fl. fr.
Neue Louisdor . . .	11 5	Raubthaler, ganze . . .	2 43
Friedrichsdor . . .	9 56	ditto halbe . . .	1 16
Preussische ditto . . .	9 56 1/2	Preuß. Thaler . . .	1 45
Holl. 10 fl. Stücke . . .	10 4	ditto in Scheinen . . .	1 45 1/2
Dulaten . . .	5 39	Hänfrantenhalber . . .	2 22 1/2
20-Frankenstücke . . .	9 38	Silber, hochhaltig . . .	24 28
Engl. Sovereigns . . .	12 4	ditto gering und mittelhaltig . . .	24 18
Gold al Marco . . .	383		

Frankfurt, 4. April. Die Börse in einigen Fonds, namentlich 3% Spanier, bad., hurb., u. darmst. Loose, so wie Verbacher Eisenbahn zeigte sich heute flau. Es fanden darin einige Verkäufe zu billigeren Preisen als gestern statt. In allen übrigen Gattungen war das Geschäft höchst unbedeutend, deren Preise erlitten im Allgemeinen keine Veränderung.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesne.

